

CDU-Kreistagsfraktion Ennepe-Ruhr | Bochumer Str. 15 | 45549 Sprockhövel

An den  
Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises  
Herrn Olaf Schade  
Hauptstraße 92  
58332 Schwelm

Sprockhövel, den 26.02.2024

Sehr geehrter Herr Landrat Schade,

wir bedanken uns für die Antwort der Verwaltung auf unsere erneute Anfrage zu einem Sachstandsbericht zur Einführung des Systems „Mobile Retter“ im Ennepe-Ruhr-Kreis.

Wir sind über die nun erwähnte Veränderung des Sachstandes sehr überrascht, da nach unserer ersten Anfrage im August 2022 bereits ein Vergabeverfahren im 4. Quartal 2022 vorgesehen war. Ebenso wurde in der Antwort der Verwaltung erwähnt, dass bereits mit den Kommunen / Nutzern von solchen Systemen gesprochen wurde. Zu diesem Zeitpunkt war noch keine Rede von benötigten Personalansätzen.

Daher bitten wir um die Beantwortung folgender ergänzenden Fragen zu unserer Anfrage vom 9. Oktober 2023.

**Mit welchen Anbietern der Systeme wurde gesprochen?**

Es wird in der Beantwortung ausgeführt, dass „entgegen der ursprünglichen Annahme bzw. Darstellungen verschiedener Anbieter“ mit einem nennenswerten eigenen Personalaufwand zu rechnen ist. Daher würden wir um Benennung der Anbieter bitten.

**Mit welchem Kommunen, die solche Systeme nutzen, wurde gesprochen? Welche Systeme / Anbieter haben die jeweiligen Kommunen genutzt?**

Wir bitten auch darum, die Kommunen zu benennen, die ihre Erfahrungen dahingehend mitgeteilt haben, dass mit nennenswertem Personalaufwand zu rechnen sei. Ebenso bitten wir um Benennung der Anbieter der Apps, die bei den befragten Kommunen zum Einsatz kommen. Nach unseren Recherchen zu unserem ursprünglichen Antrag sind Kosten und Personalaufwand bei der Ersthelfer-App „Mobile Retter“ durchaus planbar und darstellbar, insbesondere unter Betrachtung der Erfolge im Sinne des möglichen Rettens von Menschenleben.

---

**Welche Sachgebiete des Fachbereiches III, Abteilung 37 – Bevölkerungsschutz waren in den Vorbereitungen des Vergabeverfahrens eingebunden?**

Das „tägliche Geschäft“ in der Notrufabfrage liegt bei über 70% bei Einsätzen im Rettungsdienst. Die Priorität des Bevölkerungsschutzes sollte deshalb bei der Verbesserung der Überlebenschancen nach Herz-Kreislaufstillstand liegen.

Wir sehen in einer Verbesserung der Überlebenschancen nach einem Herz-Kreislaufstillstand durchaus eine pflichtige Aufgabe der Kreisverwaltung.

Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer weiteren Fragen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Oberste-Padtberg  
-Fraktionsvorsitzender-



Frank Machtenberg  
-Mitglied des Kreistages-